



Behördengänge
jederzeit digital
erledigen.



Zukunftssicher digital: Hessens Verwaltung braucht ein Software-Update

DIE DIGITALISIERUNG HAT LÄNGST ALLE BEREICHE UNSERES LEBENS ERFASST UND VERÄNDERT GRUNDLEGENDE DIE ART UND WEISE, WIE WIR ARBEITEN, KOMMUNIZIEREN UND DIENSTLEISTUNGEN IN ANSPRUCH NEHMEN.

Jedoch muss festgestellt werden, dass die Digitalisierung der Verwaltung in Hessen bislang nicht den Fortschritt erzielt hat, den wir für eine moderne Gesellschaft erwarten können. Im Gegensatz zu einigen unserer europäischen Nachbarn hinken wir hinterher, insbesondere im Bereich der Bürger- und Unternehmenservices, die durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) erfasst werden.

Einst war die Struktur unserer Verwaltung Vorbild für Unternehmensstrukturen und somit für effiziente Prozesse und hohe Bürgernähe. Heute sehen wir jedoch, wie Unternehmen sich agiler aufstellen und innovative Technologien nutzen, während die Verwaltung teilweise im 20. Jahrhundert verhaftet bleibt. Diese Diskrepanz ist nicht nur auf dem Arbeitsmarkt spürbar, sondern auch bei der Zusammenarbeit mit einer zunehmend digital geprägten Bürger- und Unternehmerschaft. Daher ist es höchste

Zeit, Hessens Verwaltung in die Zukunft zu digitalisieren und sie zu einem modernen, bürgernahen und effizienten Dienstleister zu entwickeln.

Verwaltungsdigitalisierung aus einem Guss

Um die Digitalisierung der Verwaltung in Hessen entscheidend voranzutreiben, ist es notwendig, die Verantwortlichkeiten zu bündeln und die Strukturen effizienter zu gestalten. Daher setzen wir uns dafür ein, ein eigenständiges Digitalisierungsministerium zu schaffen, das die volle Verantwortung für die Koordination und Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung übernimmt. Diese klare Zuständigkeit wird es ermöglichen, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zu beschleunigen und gleichzeitig die Verwaltungsdigitalisierung als Ganzes zu gestalten.

Die Verwaltungsdigitalisierung darf nicht in isolierten Insellösungen stattfinden. Vielmehr muss eine integrierte Strategie geschaffen werden, die eine einheitliche Identifikationslösung, die Nutzung von Standards bei der Schnittstellenentwicklung und die Interoperabilität der verschiedenen Systeme sicherstellt. Dies wird es ermöglichen, ein nahtloses Erlebnis für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zu schaffen und die Effizienz der Verwaltungsdienstleistungen signifikant zu steigern.

Wir fordern daher:

1. Schaffung eines eigenständigen Digitalisierungsministeriums zur Koordination und Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung.
2. Entwicklung einer integrierten Strategie für die Verwaltungsdigitalisierung, einschließlich einer einheitlichen Identifikationslösung und Standards für Schnittstellenentwicklung.
3. Beschleunigte Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) durch das Digitalisierungsministerium, um den Bürgern und Unternehmen zeitnah digitale Verwaltungsdienstleistungen anzubieten.

**Freie
Demokraten**



Fraktion im
Hessischen Landtag **FDP**

Digitalisierung als Chance gegen den Fachkräftemangel

Die Digitalisierung der Verwaltung bietet nicht nur technologische Vorteile, sondern auch eine Antwort auf den demographischen Wandel und die Herausforderungen des Arbeitsmarktes. Die sinkende Zahl an Fachkräften im öffentlichen Dienst erfordert neue Arbeitsplatzkonzepte und innovative Lösungen. Hierbei sehen wir die Möglichkeit, durch flexible Arbeitsmodelle, agile Teams und eine moderne Organisationskultur die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern und qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

Künstliche Intelligenz (KI) kann in der Verwaltung einen bedeutenden Mehrwert schaffen. Wir setzen uns für eine aktive Nutzung von KI-Anwendungen ein, um Prozesse zu automatisieren, Routineaufgaben zu entlasten und den Beschäftigten mehr Raum für komplexe Aufgaben und individuelle Beratung zu ermöglichen.

Die verantwortungsvolle Integration von KI erfordert klare Leitplanken, transparente Nutzung und gezielte Schulungsmaßnahmen für die Beschäftigten.

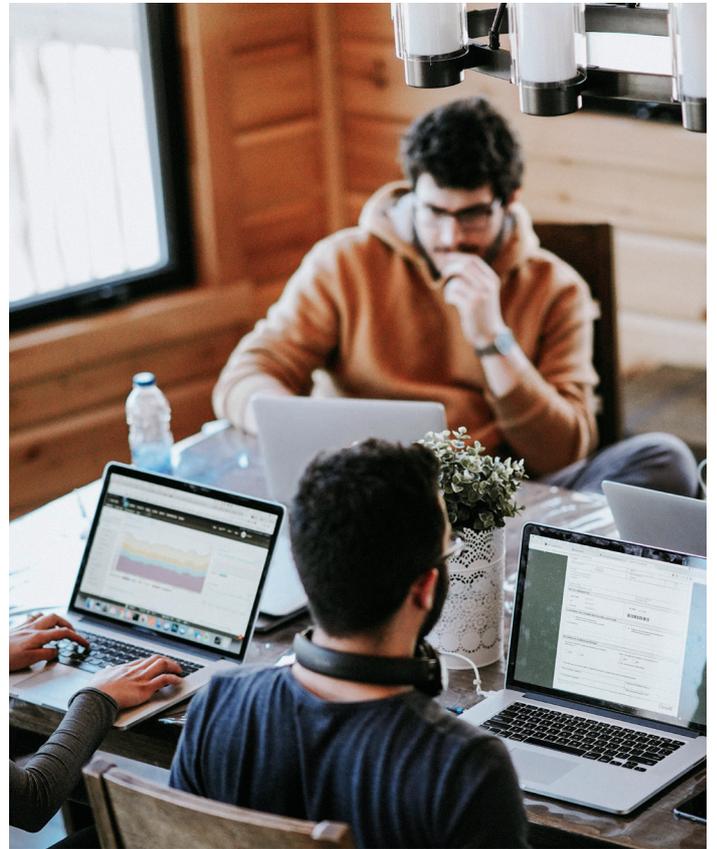
Wir fordern daher:

- 1. Einführung flexibler Arbeitsmodelle und agiler Teams, um den demographischen Wandel und Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu bewältigen.**
- 2. Schaffung einer modernen Organisationskultur, die Fachkräfte anzieht und fördert.**
- 3. Aktive Nutzung von KI-Anwendungen zur Automatisierung von Prozessen und Entlastung der Beschäftigten.**
- 4. Entwicklung von klaren Leitlinien und Schulungsprogrammen für den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung.**

Der Behördengang der Zukunft

Unsere Vision ist ein Behördengang, der unabhängig von Ort und Zeit digital abgewickelt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen alle Verwaltungsdienstleistungen in Echtzeit auf einer einheitlichen und nutzerfreundlichen Plattform erledigen können. Hierfür ist ein digitaler Personalausweis, sichere digitale Signaturen und die Integration von Push-Benachrichtigungen zur Anforderung von Dokumenten essenziell.

Um diese Vision zu verwirklichen, fordern wir die Einführung eines Rechts auf digitale Verfahrensabwicklung ab dem Jahr 2028. Bis dahin werden wir die Verwaltungsverfahren digitalisieren, digitale Rückkanäle schaffen und Schriftformerfordernisse digital umsetzen.



zen. Dabei setzen wir auf die Beteiligung der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, um ihre Bedürfnisse und Erfahrungen in die Gestaltung einzubeziehen.

Wir fordern daher:

- 1. Einführung eines Rechts auf digitale Verfahrensabwicklung ab 2028, um einen vollständig digitalen Behördengang zu ermöglichen.**
- 2. Schaffung einer nutzerorientierten, einheitlichen Verwaltungsplattform zur Abwicklung digitaler Verwaltungsgeschäfte.**
- 3. Einsatz digitaler Identifikationsmittel und sicherer digitaler Signaturen für digitale Verwaltungsdienstleistungen.**
- 4. Umfassende Beteiligung von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen bei der Gestaltung der digitalen Verwaltungsplattform.**



IHR ANSPRECHPARTNER

Oliver Stirböck
Sprecher für Digitalisierung
o.stirboeck@ltg.hessen.de

FREIE DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG
Schloßplatz 1-3 / 65183 Wiesbaden / T: 0611 350-561
fdp@ltg.hessen.de / fdp-fraktion-hessen.de

